



Rede zur Freiheit in Augsburg

Wolfgang Clement:
„Plädoyer für eine Freiheit,
die der Zukunft verpflichtet ist“

6. September 2010

Herausgeber

Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit
Truman-Haus
Karl-Marx-Straße 2
14482 Potsdam

Verantwortlich

Redaktion der Freiheit
Reinhardtstraße 12
10117 Berlin
Telefon: 030.28 87 78-51
Telefax: 030.28 87 78-49
presse@freiheit.org

Gesamtherstellung

COMDOK GmbH
Büro Berlin

2010

Rede zur Freiheit in Augsburg

**Wolfgang Clement:
„Plädoyer für eine Freiheit,
die der Zukunft verpflichtet ist“**

6. September 2010

Inhalt

Hermann Weber Grußwort	5
Dr. Wolfgang Gerhardt MdB Eröffnung	10
Dr. h.c. Wolfgang Clement Plädoyer für eine Freiheit, die der Zukunft verpflichtet ist	14

Hermann Weber

Grußwort

Meine sehr verehrten Damen und Herren,
liebe Gäste,

als Bürgermeister der Stadt Augsburg
bereitet es mir eine besondere Freude,
Ihnen heute die Grüße der Stadt und die
des Oberbürgermeisters Dr. Kurt Gribl zu
übermitteln.



Ich begrüße insbesondere Herrn Bundesminister Wolfgang Clement und Herrn Dr. Wolfgang Gerhardt, Vorstandsvorsitzender der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit. Gerne bin ich der Einladung nachgekommen, bei Ihrer Veranstaltung ein Grußwort zu halten. Dies gibt mir die Gelegenheit, die historische und wirtschaftspolitische Verbundenheit unserer Stadt mit dem Thema „Freiheit“ darzustellen.

Der gebürtige Augsburger Bertholt Brecht hat einmal geschrieben: „Ohne Freiheit geht das Leben zurück.“ Und dies gilt für alle Bereiche unserer Gesellschaft: von der Kultur über die Politik bis zur Wirtschaft. Allerdings kann eine nachhaltige Freiheit nur in einem demokratischen System gewährleistet werden, in dem soziale Verantwortung und Lebensqualität gefördert werden. Die Stadt Augsburg hat hierzu eine lange Tradition. Seit Jahrhunderten hängen die wirtschaftliche wie auch die urbane und kulturelle Entwicklung Augsburgs zusammen.

Sehr geehrte Damen und Herren, Sie sind in die zweitälteste Stadt Deutschlands gekommen, in eine Stadt, die von über 2.000 Jahren europäischer Geschichte geprägt ist, die aber ihrerseits auch über mehrere Jahrhunderte die europäische und die Weltgeschichte mitbestimmt hat.

Sie sind aber auch in eine Stadt gekommen, die trotz ihrer langjährigen Geschichte gleichwohl jung und dynamisch geblieben ist. Augsburg ist eine moderne Industrie-, Universitäts- und Messestadt und mit 270.000 Einwohnern die drittgrößte Stadt Bayerns. Lassen Sie mich einige Meilensteine unserer Geschichte vortragen, die zur Entwicklung der Stadt eine wichtige Rolle gespielt haben:

Schon zur Zeit ihrer Gründung lag Augusta Vindelicorum an der Kreuzung bedeutender Handelswege und im Spannungsfeld der Kulturen. Durch die römische Weltmacht wurde unsere Stadt zur Mittlerin zwischen deutscher und römisch-mediterraner Wesensart. Bereits im Jahr 1156 erhielt Augsburg von Kaiser Friedrich Barbarossa das damit älteste eigenständige deutsche Stadtrecht und Ludwig der Bayer verlieh Augsburg 1316 die Reichsfreiheit. Die Regierungsgewalt in der Stadt, zunächst von Patriziern ausgeübt, ging mit der Einführung der Zunftverfassung von 1368 auf die gesamte Bürgerschaft über. Das demokratische Stadtreformgesetz förderte die politische und die wirtschaftliche Entwicklung der Freien Reichsstadt Augsburg.

Auf diesem fruchtbaren Boden blühten die Künste, das Handwerk und der Handel – und seit dem 18. Jahrhundert auch eine technologisch hoch entwickelte Industrie, welche Erfindungen von Weltgeltung hervorgebracht hat, wie zum Beispiel den Dieselmotor. Im 15. und 16. Jahrhundert brachten Handwerk und Handel Reichtum in die Häuser der Bürger und in die Stadtkasse.

Die Geschlechter der Fugger und Welser bauten binnen kürzester Zeit Handelsimperien von ungeahnter Größe auf – sie waren also die ersten „Global Player“. Die Fugger als die reichsten Bankiers ihrer Zeit finanzierten Kaiser, Könige und Päpste, revolutionierten die Buchhaltungsprinzipien und die Kommunikationswege.

Dieser Frühkapitalismus, der auf der Handelsfreiheit basierte, hatte in Augsburg aber auch eine wichtige soziale Komponente, wie 1521 die Errichtung der Fuggerei, die älteste Sozialsiedlung der Welt¹, belegt.

Unternehmen, die gesellschaftliche Verantwortung praktizieren und zu einem wesentlichen Bestandteil ihrer Unternehmenskultur machen, haben eine lange Tradition in unserer Stadt – angefangen bei den Fuggern vor 500 Jahren. Und auch heute, meine Damen und Herren, demonstrieren kleine und mittelgroße

1 Von Jakob Fugger für „fleißige, schuldlos verarmte Augsburger mit katholischem Glauben“ gegründet (67 Häuser mit 140 Wohnungen. Die Miete beträgt heute weniger als 1 Euro).



Dr. h.c. Wolfgang Clement mit Dr. Wolfgang Gerhardt MdB, Vorsitzender des Vorstandes der Stiftung für die Freiheit.

Unternehmen sowie Handwerks- und Industriebetriebe in vielfacher Weise Tag für Tag, dass wirtschaftliches Handeln und Verantwortung Hand in Hand gehen. Dass das in unserer Region noch für die Mehrheit der Unternehmen gilt – und dazu zähle ich auch das „Unternehmen Stadt Augsburg“ –, darauf kann ich als Bürgermeister stolz sein, denn auf dieser Grundlage kann auch eine hervorragende ökonomische Entwicklung stattfinden.

Der Wirtschaftswissenschaftler und politische Philosoph Friedrich von Hayek² hat über die Freiheit Folgendes

geschrieben: „Dass der Zweck der Freiheit ist, die Möglichkeit von Entwicklungen zu schaffen, die wir nicht voraussagen können, bedeutet, dass wir nie wissen werden, was wir durch eine Beschränkung der Freiheit verlieren. Die Freiheit kann nur erhalten werden, wenn sie als Grundprinzip verteidigt wird, das der Erreichung bestimmter Zwecke halber nicht durchbrochen werden darf.“³

Besonders in der heutigen krisenreichen Zeit, in der unsere Gesellschaft weltweit nach Orientierung und Sicherheit sucht, halte ich es für wichtig, dass wir auch Rahmenbedingungen schaffen, die den Bürgern eine hohe Lebensqualität und ein friedliches Miteinander ermöglichen. Wir wollen alle keine „Pariser Verhältnisse“ in unseren Städten.

Umso mehr gewinnt damit an Bedeutung, dass Ihre Veranstaltung „Rede zur Freiheit“ in unserer Friedensstadt Augsburg stattfindet – denn der Friede ist der Boden, auf dem Freiheit nachhaltig entstehen kann. Dem Frieden Wege zu bereiten, sehr geehrte Damen und Herren, ist überall auf der Welt nötig. Doch in Augsburg – der Stadt der Ökumene – fühlen wir uns dazu besonders verpflichtet, wir sehen das als eine wichtige historische Aufgabe!

2 Friedrich August von Hayek (1899–1992), Ökonom, bedeutender Vordenker des Liberalismus.

3 Quelle: Hayek, „Die Ursachen der ständigen Gefährdung der Freiheit“, 1961.



Der Veranstaltungsort: das Parktheater im Kurhaus Göggingen.

Augsburg ist die Stadt, wo die Auseinandersetzungen um die Lehren Martin Luthers die christliche Kirche in Katholiken und Protestanten spaltete. Ich erinnere an das weltbewegende Gespräch von Dr. Martin Luther mit dem päpstlichen Legaten Kardinal Cajetan 1518 in Augsburg, bei dem Luther zum Widerruf seiner Lehren veranlasst werden sollte. Und ebenfalls in Augsburg 1530 mit dem Augsburger Bekenntnis „Confessio Augustana“ wurden die bis heute verbindlichen Grundsätze der evangelischen Lehre formuliert. Im Andenken an das Wirken Martin Luthers wurde 1993 der „Bund der Lutherstädte gegründet⁴, zu dem auch die Stadt Augsburg gehört. Dieser Bund vergibt seit 1996 alle zwei Jahre den bekannten Preis „Das unerschrockene Wort“. Damit werden Personen geehrt, die über einen längeren Zeitraum hinweg in Wort und Tat für die Gesellschaft, die Gemeinde oder den Staat bedeutsame Aussagen gemacht haben und gegenüber Widerständen vertreten haben.

4 Anlässlich des 125. Jubiläums des Lutherdenkmals in Worms. 15 Städte gehören dazu: Augsburg, Coburg, Eisenach, Lutherstadt Eisleben, Erfurt, Halle, Heidelberg, Magdeburg, Marburg, Schmalkalden, Speyer, Torgau, Lutherstadt Wittenberg, Worms und Zeitz.

Die Lutherstadt Augsburg ist aber auch die Stadt, in der wiederum beide Seiten – Katholiken und Protestanten – auf dem Reichstag von 1555 den Augsburger Religionsfrieden schlossen, der als ein Grundgesetz des Heiligen Römischen Reiches verabschiedet wurde. Seit dem Augsburger Religionsfrieden sind „Parität“ und „Toleranz“ immer wieder ein zentrales Thema der Stadtgeschichte. Augsburgs Geschichte ist untrennbar verbunden mit Europas Idee des Friedens, der Integration und Einigung.

Jedes Jahr am 8. August wird das hohe Friedensfest in unserer Stadt gefeiert: ein beliebter Tag für alle Augsburger und ein europaweit exklusiver Feiertag, der nur für die Friedensstadt Augsburg gilt.

In diesem Sinne war und ist Augsburg, meine Damen und Herren, eine weltoffene Stadt, der es im Laufe der Geschichte gelungen ist, Kultur, Wirtschaft und Soziales miteinander zu verbinden. Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft sind ein Kontinuum, aus dem sich die Geschichte Augsburgs gestaltet und entwickelt. Der Grundgedanke dabei ist, dass die Verantwortung für unser Gemeinwesen und der Erhalt unserer Freiheit uns alle angehen. Wir können sie nicht nur an „die Politiker“ oder „den Staat“ delegieren. Und im Übrigen ist der Gedanke, man könnte Freiheit gegen Sicherheit tauschen, ein Denkfehler.

Augsburgs Geschichte ist untrennbar verbunden mit Europas Idee des Friedens, der Integration und Einigung.

Um mit Benjamin Franklin⁵ zu schließen: „Wer die Freiheit aufgibt, um Sicherheit zu gewinnen, wird am Ende beides verlieren.“

Ich danke Ihnen.

5 Benjamin Franklin (1706–1790): Politiker und Diplomat der Vereinigten Staaten.



Dr. Wolfgang Gerhardt MdB

Eröffnung

Die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit hat Sie alle, meine Damen und Herren, zu dieser Veranstaltung eingeladen. Ich danke Ihnen für Ihr Interesse und begrüße Sie sehr herzlich.

Was macht die Stiftung und wer war Friedrich Naumann, werden sich viele von Ihnen fragen.

Friedrich Naumann war 59 Jahre alt, als er starb, er war gerade als Vorsitzender der Deutschen Demokratischen Partei am Beginn der Weimarer Republik gewählt worden. Naumann war Mitglied des Reichstages im Kaiserreich, ein brillanter Redner, Herausgeber, ein erfolgreicher Autor mit großem Talent und Interessen in Kultur und Kunst. Er war Mitbegründer und Mitgestalter der Verfassung der Weimarer Republik, als Mitglied der Weimarer Nationalversammlung.

Naumann wusste, dass eine geschriebene Verfassung nicht genügt. Er war überzeugt davon, dass politische Bildung täglich notwendig sei, und begann in Berlin, gestützt auf eine Spende von Robert Bosch, Staatsbürgerkunde für junge Menschen anzubieten. Nicht Parteischule sollte diese Staatskunde sein, sondern Chance zum offenen Dialog in einer jungen Demokratie. Aus diesen Bemühungen ging nach Naumanns Tod 1920 die Deutsche Hochschule für Politik hervor, an der Theodor Heuss lehrte, bis sie 1933 ihres Sinns beraubt wurde.

Nach der großen Katastrophe wurde sie wieder gegründet und hat als Otto-Suhr-Institut in der Freien Universität Berlin ihre neue Aufgabe gefunden.



Theodor Heuss war dann – in seiner Zeit als Bundespräsident – der Gründer der Friedrich-Naumann-Stiftung. Mit dem Herzstück politische Bildung hat sich die Friedrich-Naumann-Stiftung seit ihrer Gründung national und international entwickelt. Wir sind heute in rund 60 Ländern aktiv und verfügen über Büros in 48 Ländern. Wir vertreten freiheitliche Politik, unabhängige Institutionen, rechtsstaatliche Normen, marktwirtschaftliche Orientierung und internationale Spielregeln.

Unsere Instrumente sind politische Dialoge und politische Beratung. Wir erarbeiten politische Konzepte, wir legen Lösungsvorschläge vor zu schwierigen Aufgaben, und wir bringen international verantwortliche, politische Leader zusammen. Wir zielen ab auf reife und offene Gesellschaften, die sich im internationalen Feld und im internationalen Konzert an die Regeln halten.

Mehr als 1.000 Veranstaltungen jedes Jahr, mehr als 35.000 Teilnehmer in unseren Programmen und über 800 Stipendiaten weltweit zeigen, dass sich unsere Arbeit lohnt.

Seit 2007 heißt die Friedrich-Naumann-Stiftung nun Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit. Wir wollten damit nicht nur eine Zielbestimmung für

... wir wollten ausdrücken, dass eine freiheitliche Gesellschaft sich immer wieder der Voraussetzungen für die Freiheit und auch über die Gefährdungen der Freiheit klar werden muss.

unsere Arbeit vornehmen, wir wollten ausdrücken, dass eine freiheitliche Gesellschaft sich immer wieder der Voraussetzungen für die Freiheit und auch über die Gefährdungen der Freiheit klar werden muss.

Ralf Dahrendorf beschrieb so präzise wie kein anderer die großen Heimsuchungen im letzten Jahrhundert im Nationalsozialismus mit dem Angebot an Bindung und Führung und im Stalinismus mit dem Angebot an Bindung und Hoffnung. Deren totalitäres Potenzial wurde nur schwerlich erkannt, im Übrigen auch von vielen intellektuell anspruchsvollen Menschen. Solche oder ähnliche Angebote können in neuen Uniformen immer wieder auftreten.

Zu den zentralen Fragen freiheitlicher Gesellschaften zählt, wie viele Einbußen an Tradition sie verlieren dürfen, wie viele Verbindlichkeiten sie ohne Schaden hinnehmen können und wie viel Bewusstsein sich ein Gemeinwohl auch bewahren und auch schaffen muss. Auf unseren Gleichgewichtssinn kommt es entscheidend an, auf die immer wieder neue Verbindung von Offenheit, von Herkunftsbewusstsein, von Altem und Neuem.

Das Nachdenken über Freiheit darf seinen politischen Kern – die Freiheit von Unterdrückung und Verfolgung – nie aufgeben. Ohne soziale Verpflichtungen, ohne den Bezug auf die Freiheit der anderen und die Freiheit in Gemeinschaft zerfällt aber eine freie Gesellschaft. Menschen sind soziale Wesen. „Sie können sich selbst nicht bestimmen, ohne Bezug zu anderen, sie können ihre Absichten nicht verfolgen, ohne die Begleitung von anderen, sie können die Welt nicht kultivieren, ohne und für andere“, sagt Dahrendorf.

Freiheit braucht eine geschriebene Verfassung und eben auch eine gelebte Bürgergesellschaft. Freiheit braucht beides, eine Überdehnung der Freiheit im Namen der Freiheit ist nicht die Sache der Freiheit.



Dr. h. c. Wolfgang Clement (3. von vorn) vor seiner Rede.

Die erwähnte Namensergänzung mit dem Zusatz „für die Freiheit“ hat die Friedrich-Naumann-Stiftung mit neuen Akzenten in ihrer Arbeit verbunden. Wir verleihen alle zwei Jahre den „Freiheitspreis“ im November in der Frankfurter Paulskirche. Wir laden zu „Reden zur Freiheit“ ein. Wir möchten, dass Persönlichkeiten ihre eigene Note zu Themen der Freiheit beitragen und laden ein Publikum ein, von dem wir glauben, dass es daran interessiert ist.

Freiheit braucht eine geschriebene Verfassung und eben auch eine gelebte Bürgergesellschaft.

Heute haben wir Wolfgang Clement gebeten, zu uns zu sprechen. Er nennt seine Rede zur Freiheit „Ein Plädoyer für eine Freiheit, die der Zukunft verpflichtet ist“. Lieber Herr Clement, ich habe mich sehr gefreut, dass Sie mir spontan zugesagt haben, in einem von der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit gestalteten Rahmen zu sprechen und begrüße Sie im Namen aller Anwesenden sehr, sehr herzlich.

Sie alle, meine Damen und Herren, kennen Wolfgang Clement als Ministerpräsidenten von Nordrhein Westfalen, als Superminister im Kabinett des Bundeskanzlers Gerhard Schröder mit Verantwortung im Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit; als kenntnisreichen, innovativen und engagiert arbeitenden Politiker. Sie wissen, meine Damen und Herren, dass er ein unabhängiger Kopf ist, das hat er bewiesen. Er hat sich den Mund nicht verbieten lassen und seine Gedanken immer offen geäußert.

John Stuart Mill hat geschrieben, dass die Kultur der Freiheit unverzichtbare Voraussetzungen in Menschen braucht, die Rechtschaffenheit achten und die ihre Kultur mit dem eigenen Lebensentwurf in die Zukunft hineintragen. Sie seien die unverzichtbaren „citoyens“ freier Gesellschaften. Einer davon ist Wolfgang Clement, den ich nun bitte, das Wort an uns zu richten.



Dr. h.c. Wolfgang Clement

Plädoyer für eine Freiheit, die der Zukunft verpflichtet ist

Augsburg und die „Fuggerei“

Es ist schön, hier und heute bei Ihnen in Augsburg zu Gast zu sein. Diese Stadt und ihre Fugger – sie findet man heute weltweit in Schul- und Geschichtsbüchern. Es ist eine bis in die heutige Zeit hineinreichende, in ihren Dimensionen und Widersprüchen noch immer viele Menschen faszinierende Geschichte.

Der berühmteste Vertreter der Fugger-Familie, der Kaufherr, Montanunternehmer und Bankier Jakob Fugger der Reiche, der von 1459 bis 1525 lebte, beherrschte damals mit den Niederlassungen seines Imperiums weite Teile Europas, handelte aber auch mit Afrika, Indien und Südamerika. Unter Anton Fugger, dem Neffen und Nachfolger Jakob Fuggers, erreichte das Firmenvermögen 1546 seinen höchsten Stand. Es sollen 6 Millionen Gulden gewesen sein, was annähernd 10 Prozent des Volkseinkommens des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation entsprach.

Für das soziale Engagement der frommen Kaufmannsfamilie steht die „Fuggerei“ hier in Augsburg, im Jahr 1516 errichtet. Sie ist die älteste noch existierende Sozialsiedlung der Welt. Kaum zu glauben, aber wahr: Bis zum heutigen Tag können Not leidende Menschen für 0,88 Euro pro Jahr und, wie es überliefert wird, drei Gebete pro Tag für den Stifter und seine Familie in dieser „Stadt in der Stadt“ wohnen. In ihrer Blütezeit hatten die Fugger über ein Jahrhundert erheblichen Einfluss auf Politik und Wirtschaft in Europa, sie finanzierten Kaiser, Könige und Kriege, wickelten den römischen Ablasshandel ab und fanden in den Medici oder Rothschilds jener Zeit kaum ihresgleichen.

Jakob Fugger, der erfolgreichste CEO dieses „Global Player“, war übrigens überaus innovativ. Er wusste schon damals, wie wichtig Kommunikation für den Erfolg eines multinationalen Konzerns ist. So setzte er Reiterstaffeln des vom Fürsten von Taxis gegründeten Kurierdienstes ein, die Post oder Warenproben oder Geld von Augsburg nach Venedig innerhalb von sieben Tagen und in 15 Tagen von Brüssel nach Granada schafften. Besonders eilige Nachrichten übermittelten die Außenstellen mithilfe von Spiegeln. Informationen aus den südspanischen Quecksilbergwerken sollen so innerhalb von zwei Stunden nach Augsburg gelangt sein.

Aber auch das gehört ins Bild: Konkurrenten und Kritiker warfen Fugger vor, Massengüter bewusst zu verknappen, um die Preise hochzutreiben. Luther nannte ihn „den Hecht, der die anderen Fische frisst“. Und voller Verachtung über den, der den römischen Ablasshandel mitbetrieb, sagte er über Jakob den Reichen: „Wie sollte das immer mögen göttlich und gewollt zugehen, dass ein Mann in so kurzer Zeit so reich werde, dass er Könige und Kaiser auskaufen möchte ...“

Man sieht, wir sind hier in Augsburg, aus der Historie kommend, wie im Fluge mitten in den Diskussionen unserer Zeit angekommen. Und da möchte ich mich hier und heute auch tummeln und versuchen, der Ethik des wirtschaftlichen und politischen Handelns in einer der Freiheit verpflichteten Gesellschaft wie der unseren nachzuspüren.

Stabiler Fatalismus der Deutschen

Wir Deutschen lieben es bekanntlich „Himmel hoch jauchzend zu Tode betrübt“ – wobei das Erste, das Jauchzen, mehr und mehr dem internationalen Fußball und sonstigen Spielen zugebracht wird, während das Zweite, das „Trübsalblasen“, von dem Joachim Gauck gesprochen hat, das Selbstkritische, manchmal auch Selbstquälerische, aber auch das Kritteln und Nörgeln vor allem der Politik auf allen Ebenen und dem öffentlichen Geschehen im Lande gilt. Deshalb werden wir Deutschen beim „Happiness Index“ oder beim „Bruttoglücksprodukt“ international vermutlich auch nie reüssieren, eher in „stabilem Fatalismus“ – wie kürzlich eine Meinungsforscherin formulierte – verharren.

So ist auch die ökonomische Lage wieder einmal weitaus besser als die allgemeine, die öffentliche – oder veröffentlichte – Stimmungslage. Die Einschätzungen und Erwartungen in der deutschen Wirtschaft über den Status und die weitere Entwicklung in den nächsten sechs Monaten haben sich in den Sonnenmonaten enorm aufgehellt. Das gilt für alle Branchen, von der Industrie über den Handel, das Bauhauptgewerbe bis zu den Dienstleistern. Die deutsche Konjunk-

tur hat sich vielen Prognosen zum Trotz in den vergangenen Monaten nicht nur erholt, sie hat unerwartet stark zugelegt. Die meisten Prognosen tendieren jetzt in Richtung 3 Prozent und mehr für 2010. Die Arbeitslosigkeit könnte schon bald unter die 3-Millionen-Grenze sinken, viele Unternehmen stellen wieder ein, die Unternehmen, nicht nur die 30 DAX-Konzerne, melden viele offene Stellen. Das Kriseninstrument Kurzarbeit spielt keine wesentliche Rolle mehr. Die deutsche Wirtschaft läuft auch im europäischen Vergleich sehr gut. Vom „kranken Mann“ Europas sind wir in überschaubarer Zeit schon wieder zum Konjunkturmotor desselben Europa geworden.

Vom „kranken Mann“
Europas sind wir in
überschaubarer Zeit
schon wieder zum Kon-
junkturmotor desselben
Europa geworden.

All dies zeigt: Die Zeit der Notoperationen ist vorbei, auch wenn wir vermutlich noch bis ins Jahr 2012 brauchen werden, um das Niveau von Mitte 2008 wieder zu erreichen, und die Gefahr eines Rückfalls in die Rezession noch nicht völlig gebannt ist. Umso rascher muss jetzt aufgeräumt werden. Die

Krise hat uns – wie den anderen europäischen Ländern – gewaltige zusätzliche Staatsschulden hinterlassen. Sie belastet die öffentlichen Haushalte aller Ebenen wie die Sozialsysteme. Ziele wie mehr und bessere Kinderbetreuung, mehr und bessere Bildungs- und Qualifikationspolitik, namentlich mehr Weiterbildung, eine andere Integrationspolitik oder ein ausgeglichener Haushalt, von denen wir bis zum Herbst 2008 dachten, sie seien aus Wirtschaftswachstum und vernünftiger Sparsamkeit heraus zu erwirtschaften, verlangen jetzt echte Kraftakte.

Freiheit ist immer auch die Freiheit der nachfolgenden Generationen



Formschön auch im Inneren: Parktheater im Kurhaus Göggingen.

Nachhaltigkeit ist an-
gesagt, finanziell wie öko-
logisch. Nachhaltigkeit,
das ist ein inzwischen viel
strapazierter Begriff. Deshalb bevor-
zuge ich seine Interpre-
tation: Nachhaltigkeit,
das heißt, Verantwor-
tung über die eigene
Zeit hinaus zu tragen,
oder, wie der Tübinger
Professor Otfried Höffe
sagt, Gerechtigkeit ge-

genüber den künftigen Generationen zu üben. Freiheit, die ich meine, das ist immer auch die Freiheit der uns nachfolgenden Generationen, ihr Leben aus eigener Kraft und den eigenen Möglichkeiten gestalten zu können. Auch diese Freiheit steht in unserer Verantwortung, sie dürfen wir nicht ohne Not gefährden oder gar beschneiden.

Freiheit, die ich meine, das ist immer auch die Freiheit der uns nachfolgenden Generationen, ihr Leben aus eigener Kraft und den eigenen Möglichkeiten gestalten zu können.

Wenn wir es also ernst meinen mit dem Bekenntnis, das Land den nachfolgenden Generationen finanziell, wirtschaftlich und ökologisch in ordentlichem Zustand übergeben zu wollen, dann müssen wir jetzt wirklich ernst machen. Wir müssen uns auf unsere eigenen Stärken besinnen, ideologische Scheuklappen ablegen, Tabus abräumen, Bremsen lösen, überkommene Strukturen infrage stellen und gegebenenfalls erneuern und insgesamt die Voraussetzungen für ein gutes und dynamisches Wirtschaftswachstum stärken.

Es geht also um Konsolidierung und um Wachstum. Wir müssen das Wachstum zurückzahlen, das wir uns in der Krise von der Zukunft geliehen haben. Und es führt kein Weg daran vorbei: Ohne Wirtschaftswachstum werden wir das Land nicht für die Zukunft rüsten können. Nur ein höheres Wachstum wird dafür sorgen, dass die Folgen der Krise, der demografische Wandel und die Herausforderungen der Klima-, Rohstoff- und Umweltpolitik bewältigt werden können.



Die „Als-ob-Ökonomie“ aus wachsenden Schulden und Konsum ist am Ende

Eine vernünftige Wachstumspolitik aber wird in den kommenden Jahren kaum auf kurzfristige Konjunkturspritzen und weitere Verschuldung setzen können. Dazu fehlt – Gott sei Dank! – das Geld und außerdem haben sich die öffentlichen Haushalte mit dem Maastrichter Vertrag wie mit der „Schuldenbremse“ im Grundgesetz selbst gebunden, die Staatsverschuldung als wirtschafts- und

sozialpolitische Strategie zu beenden. Die „Als-ob-Ökonomie“ aus wachsender Verschuldung und Konsum, die Ralf Dahrendorf schon in den 80er-Jahren des vergangenen Jahrhunderts als kennzeichnend für unsere Art und Weise des Wirtschaftens und Konsumierens beschrieben hatte, ist mit dieser Selbstbindung der Politik an ihr Ende gekommen.

Eine verantwortliche Wachstumspolitik wird stattdessen die Rahmenbedingungen des Wirtschaftens in unserem Land überprüfen, mit dem Ziel, mehr Wachstum zu mobilisieren: Wie sieht es mit den Belastungen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern aus? Was sind die Anreize für Unternehmen, hier zu investieren und ihre Zukunft hier zu planen? Ist Deutschland offen genug für Gründer, für die Industrie, für die Wissenschaften? Behandelt es die klugen Köpfe so, wie sie es verdienen? Lässt sich die Bürokratie noch zähmen? Sind die Sozialsysteme dauerhaft durch Beiträge zu finanzieren? Wie lässt sich mehr Wachstum mit dem Anspruch verbinden, weniger Rohstoffe zu verbrauchen und die Umwelt weniger zu belasten?

Das sind die Fragen, die wir heute – und nicht auf Kosten der Zukunft – beantworten müssen.

Staaten müssen wie Unternehmen für eigenes Tun haften

Es ist unzweifelhaft: Die große globale Finanzkrise war ein Produkt des westlichen Finanzsystems. Die Folgen der Krise werden deshalb auch überwiegend von uns in Europa und den USA „ausgebadet“, sie müssen aber auch von den USA und von uns in Europa bewältigt werden. Wir haben, wenn auch auf recht unterschiedliche Weise, beide über mehrere Jahrzehnte über unsere Verhältnisse gelebt. Der „Fall Griechenland“ ist deshalb auch nur ein besonders exzessives europäisches Exempel. Diese Art, zulasten der Zukunft zu leben und – vor allem – zu konsumieren, lässt sich nicht mehr fortsetzen. Die europäischen Staaten und die USA haben

deshalb die Pflicht, ihre Gesellschaftsmodelle selbstkritisch zu überprüfen, übrigens bis hin zur Konsequenz eines ansonsten drohenden staatlichen Bankrotts, der deshalb nicht nur denk-möglich sein muss. Ich bin überzeugt: Nur wenn wir uns dieser Herausforderung mit aller Konsequenz stellen, werden wir auch im 21. Jahrhundert die Überlegenheit von Demokratie und Marktwirtschaft unter Beweis stellen können. Der Anpassungs- und Entscheidungsdruck ist allerdings groß.

Nur wenn wir uns dieser Herausforderung mit aller Konsequenz stellen, werden wir auch im 21. Jahrhundert die Überlegenheit von Demokratie und Marktwirtschaft unter Beweis stellen können.

Die wichtigste Voraussetzung für die Bewältigung der Finanzkrise und ihrer Folgen in Europa und in den USA ist – eine gemeinsame europäische Politik. Die zurückliegenden Wochen und Monate haben wieder gezeigt: Nur wenn Europa mit einer Stimme spricht, werden die USA zu gemeinsamen Lösungen bereit sein. Auch nach dem Vertrag von Lissabon, der uns inzwischen – mit dem ständigen Ratspräsidenten – den dritten europäischen Präsidenten beschert hat, bleibt die alte Frage von Henry Kissinger leider fast noch schwerer zu beantworten: Welche Telefonnummer wählt der amerikanische Präsident, wenn er mit Europa sprechen will?

Für ein vereintes Europa, das Freiheit und Demokratie verpflichtet ist

Dies zeigt: Wenn Deutschland und Europa ihrer Verantwortung gerecht werden und ihren Einfluss auf die Weltwirtschaft im Sinne einer freien, sozialen Marktwirtschaft wahren und ausbauen wollen, müssen sie ihre Rolle auch annehmen, und zwar keineswegs nur in der Außenpolitik. Für die künftige Regulierung der Finanzmärkte gilt das genauso wie für die Anstrengungen zur Begrenzung des Klimawandels. Hier haben gerade wir Deutschen die Aufgabe, die Errungenschaften der sozialen Marktwirtschaft als beste Grundlage einer verantwortungsbewussten Weltwirtschaftsordnung zu formulieren. Das kann aber kein deutsches Projekt bleiben, das muss ein europäisches Projekt werden, denn die künftigen Strukturen der Weltwirtschaft müssen global verabredet werden. Deutschland allein wird das nicht tun können. Das gehört zu den Aufgaben eines starken Europa.



In der vorderen Reihe: Dr. h. c. Rolf Berndt, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der Stiftung für die Freiheit, Miriam Gruß MdB, Dr. Wolfgang Gerhardt MdB und Bürgermeister Hermann Weber.

Dafür muss Europa mit wachsenden Kompetenzen ausgestattet werden. Europa muss mehr Gewicht bekommen, zulasten der einzelnen Länder Europas. Das wird aber nur gelingen, wenn die Bürger Europas für dieses starke Europa gewonnen werden.

Die wichtigste Voraussetzung dazu ist das Gegenteil der heutigen Praxis der europäischen Staats- und Regierungschefs, nämlich: bedeutendste Personal- und Sachentscheidungen hinter verschlossenen Türen zu treffen, wie es beispielsweise – geschmackvollerweise beim Dinner – bei der Berufung des Ständigen Ratspräsidenten und der Außenrepräsentantin der EU in einer für

Die wichtigste Voraussetzung für ein gelingendes Europa ist deshalb ein entscheidendes Grundprinzip von Freiheit und Demokratie, nämlich: Offenheit, Transparenz, Öffentlichkeit.

Demokratien nachgerade unwürdigen Weise geschah. Die wichtigste Voraussetzung für ein gelingendes Europa ist deshalb ein entscheidendes Grundprinzip von Freiheit und Demokratie, nämlich: Offenheit, Transparenz, Öffentlichkeit. Was Europa fehlt, ist eine europäische Öffentlichkeit. Vor allem die kommunikative Aufgliederung des Kontinents in die verschiedenen nationalen Wahrnehmungsräume ist von Übel. Sie verleitet dazu, die eigenen Unzulänglichkeiten nach Brüssel abzuschieben.

Dagegen hilft nur eine eigene umfassende mediale europäische Öffentlichkeit. Nur so kann ein einiges, ein vereintes Europa gelingen, das Freiheit und Demokratie verpflichtet ist.

Es gilt, einige Grundregeln der Marktwirtschaft in Erinnerung zu rufen. Die unternehmerische Haftung für eingegangene Risiken gehört als wichtigste dazu.

Das gilt auch und erst recht bei Finanztransaktionen. Wer persönlich nicht haften muss, wenn er an den Finanzmärkten agiert, verhält sich über kurz oder lang wie ein Roulettespieler in einem Casino, in dem niemand verliert: Er geht immer größere Wetten ein – was hinderte ihn daran? Das ist nur ein Beispiel für einige Grundregeln der Marktwirtschaft, die auf den Finanzmärkten wieder in Erinnerung gerufen werden müssen. Wer eine Wiederholung dieser gewaltigen Spekulationsblase verhindern will, muss die Haftung für die Risiken wieder einführen. Es ist vorrangig die Aufgabe der USA und Europas, dies und Weiteres in möglichst gemeinsame Regeln für die Finanzmärkte zu fassen und politische Mehrheiten dafür zu finden und – jedenfalls in ihren Verantwortungsbereichen – auch zu realisieren.

Europa oder – hilfsweise – die Staaten der Eurozone hätten sich im Übrigen längst vor allem auf verschärfte und einheitliche Eigenkapitalvorschriften der Banken ebenso verständigen müssen wie auf eine gemeinsame europäische Banken-



Dr. h. c. Wolfgang Clement

aufsicht, wie sie jetzt endlich kommen soll – und zwar zu Recht mit Durchgriffsrechten bis in die nationalen Märkte –, wie auf ein europäisches Ratingsystem, auf gemeinsame Standards der Einlagensicherung oder auf eine gemeinsame Haltung zu allen Formen von neuen Steuern und/oder Abgaben auf Kapitalmarkttransaktionen. Die Eurozone hätte auch vorangehen müssen in der Beaufsichtigung und Regulierung der Hedgefonds, und es müsste der Eigenhandel der großen Investmentbanken mit Aktien und vor allem mit Derivaten neu geregelt werden, und zwar im Sinne von Transparenz und strikter Neutralität, und so fort.

Dass stattdessen die Casinos alle schon wieder geöffnet worden sind – und dass dort, wie zuvor, aber jetzt auch mit öffentlichem Geld gespielt wird –, spricht den Grundregeln freier Marktwirtschaften Hohn.

Das Motto „Privat vor Staat“ ist passé

Ich bin überzeugt: Das Motto „Privat vor Staat“ ist heute in seiner provokanten Allgemeinheit nicht mehr haltbar. Die große Finanzkrise hat uns allen vor Augen



Thomas Hacker MdL (vorne links), daneben Dr. Günther Beckstein MdL, Ministerpräsident a. D.

geführt, dass der Staat – resp. die Staatengemeinschaft – zur Stelle sein muss, und zwar nicht mehr nur sicherheitspolitisch, sondern auch finanz- und wirtschaftspolitisch ebenso wie klima- und umweltpolitisch.

Regierungen und Notenbanken haben in den Wochen und Monaten nach dem Lehman-Schock dafür gesorgt, dass das internationale Bankensystem und damit der Blutkreislauf der Ökonomie erhalten blieben, dass die Wirtschaft handlungsfähig blieb und dass die nationalen Gemeinschaften trotz der enormen Turbulenzen nicht auseinanderdrifteten. Das war notwendig, richtig und offensichtlich wirklich alternativlos – es hat die ansonsten drohende „Kernschmelze“ verhindert.

... Wir erleben derzeit
eine Machtverschiebung
von der Wirtschaft
zurück an die Politik.

Das bedeutet: Die Politik kehrt zurück. Sie ist wieder da! Wir erleben derzeit – im Gegensatz zu manch merkwürdigen, fast schon skurrilen Diskussionen hierzulande, etwa über die angebliche Macht der Energiekonzerne – eine Machtverschiebung von der Wirtschaft zurück an die Politik. Milton Friedmans „the business of business is business“ gilt nicht mehr.

Die Felder, auf denen die Politik vorangehen und den Rahmen vorgeben muss, liegen vor aller Augen. Es ist die nationale und internationale Finanzmarktordnung, es sind die globalen und europäischen Regeln zum Klimaschutz und entsprechende Energie- und Rohstoffvereinbarungen, es ist die Ordnung der Weltwirtschaft und – seit je – sind es Vereinbarungen zur Friedenssicherung und Abrüstung.

Die Moderne – die Globalisierung und die technologischen und industriellen Entwicklungen – hat uns Menschen die Möglichkeit gegeben, so große Fehler zu begehen, dass die Folgen sehr schwerwiegend, weitestreichend, schier grenzenlos sein können. Diese Risiken zu minimieren, einzudämmen und im besten Fall im Vorhinein auszuschließen, ist zuallererst Aufgabe des Staates oder der Staatengemeinschaften und muss sie auf den Plan rufen.

Aber dieses Anwachsen der Bedeutung der Staaten und der Staatengemeinschaften, namentlich der G20 oder der Europäischen Union, das notwendig ist, weil die angesprochenen Herausforderungen nur global oder kontinental angegangen werden können, dieses Anwachsen findet offenkundig und leider seinen Widerpart in einer wachsenden Tendenz zur Re-Nationalisierung. Die Neigung zu „Buy-American“-ähnlichen Kampagnen, zu Importbeschränkungen, zur mehr oder weniger verdeckten Bevorzugung nationaler Unternehmen und Einrichtungen, zu Verstaatlichungen oder zur staatlichen Teilnahme an wichtigen Unternehmen nimmt unübersehbar wieder zu.

Und übrigens nimmt auch die Neigung von Unternehmensführern zu, sich des Staates zu bedienen, wenn es denn im – auch kurzfristigen – Interesse des Unternehmens oder der Branche zu sein scheint. Der „Fall GM/Opel“, in dem der Versuch, an staatliche Gelder zu kommen, erst im letzten Moment abgeblockt wurde, und zwar völlig zu Recht, war nur ein besonders auffallendes Beispiel dafür.

Das heißt: Die Frage nach dem Verhältnis von Staat und Privat und wie es denn mit der unternehmerischen Freiheit bestellt sei, stellt sich neu.

Nach den Erfahrungen der großen Krise kann die Antwort nur lauten: So viel Freiheit, so viel Privat wie möglich – aber so viel Staat wie zur Wahrung von Frieden und Freiheit, nicht zuletzt von Freiheit von Not und Furcht im Jetzt und in der Zukunft wie nötig.

Aufgabe der nationalen und internationalen Politik ist es, auf den für Gegenwart und Zukunft der Völker entscheidenden, Frieden und Freiheit sichernden

Feldern klare, verlässliche Rahmensetzungen vorzunehmen und auch durchzusetzen.

Der der Freiheit seiner Bürger dienende Staat wird so zum auch vorausschauend handelnden Staat, der für die Wahrung des Friedens und für die Gewährleistung der Freiheit seiner Bürger heute und morgen Verantwortung trägt.

Der der Freiheit seiner Bürger dienende Staat wird so zum auch vorausschauend handelnden Staat, der für die Wahrung des Friedens und für die Gewährleistung der Freiheit seiner Bürger heute und morgen Verantwortung trägt. Aber in diesem Rahmen muss den Bürgern wie den Unternehmen so viel Freiheit wie möglich zur Verfügung stehen.

Stattdessen nehme ich zurzeit eine nicht etwa abflachende, sondern geradezu anschwellende Tendenz zu innerstaatlichen Regelungen wahr – fast, als gelte es, den feststellbaren Mangel an globalen oder europäischen Übereinkünften mit einem Übermaß an nationaler Gesetzgebung oder mit europäischen Bagatell-Regeln, etwa zum Ersatz von Glühbirnen oder zur Dimension von Duschköpfen, zu kompensieren.

Auch deshalb ist mir eine Grundregel wichtig, die die modernen Staaten fast allüberall kennzeichnende Gesetzgebungsflut einzudämmen geeignet ist. Die Grundregel ist:

Alles das, was aus freien Stücken in rechtsstaatlich einwandfreier Weise geregelt werden kann, ist hoheitlichen Regelungen vorzuziehen. Das ist wohlverstandene Subsidiarität. Oder: Privat statt Staat, wo immer möglich! Das muss weiterhin gelten. Es gehört zur Substanz freiheitlicher Staaten.

Privat statt Staat, wo immer möglich! Das muss weiterhin gelten. Es gehört zur Substanz freiheitlicher Staaten.

Übersetzt in unsere innenpolitische Diskussionslage heißt dies beispielsweise konkret: Die Tariffreiheit hat Vorrang vor der Gesetzgebung. Deshalb lehne ich auch gesetzliche Mindestlöhne ab. Mindestlöhne zu vereinbaren, bleibt Aufgabe der Tarifparteien. Gewerkschafter, die etwas auf sich halten, werden auch nicht nach dem Gesetzgeber rufen, sondern versuchen, selbst stark genug zu werden, um tarifliche Vereinbarungen auch für Geringverdiener erreichen zu können. Der Ruf nach dem Gesetzgeber ist leider wohlfeil geworden in unserem Land. Er scheint so einfach, birgt aber – ganz generell und nicht zuletzt für die Tariffreiheit – erhebliche Risiken.

Und weil Demokratie und Freiheit und freies Wirtschaften, wie wir gelernt haben sollten, zusammengehören, sollten Staatsunternehmen die Ausnahme sein

und bleiben. Bewährt haben sie sich im wettbewerblichen Vergleich mit Privatunternehmen, die aus Gemeinwohlgründen (wie beispielsweise im Bereich der Energieversorgung, generell der Daseinsvorsorge) mehr oder weniger straff, je nachdem, reguliert werden können, meines Wissens noch nirgendwo!

Bonus oder Malus – Freiheit geht nur mit Verantwortung

Es ist ein äußerst kritisches Symptom, dass die im internationalen Kapitalgeschäft praktizierte sogenannte „Bonus-Kultur“ zu einem beinahe weltweiten Ärgernis werden konnte. Es zeigt, dass den für die Geldinstitute handelnden Verantwortlichen die Dinge entglitten sind. Anders formuliert: Sie haben zugelassen, dass die Freiheit, die die bisherigen Finanzordnungen den Akteuren beließen, auf eine exzessive Weise genutzt wurde. Klar heraus gesagt: Wenn Investmentbanker Milliarden-Boni kassieren, wenn sogar im Krisenjahr 2009 die rund 20 größten amerikanischen Geldhäuser ihren Mitarbeitern Boni von insgesamt 140 Milliarden Dollar gezahlt haben sollen, wenn in Deutschland ein Manager keine sechs Monate lang im Einsatz ist und dafür ein Fünfjahreseinkommen von mehreren Millionen kassiert und ein anderer mehrere Millionen für 72 Diensttage beansprucht, wenn „goldene Handschläge“, auch „Garantie-Boni“ genannt, vereinbart werden, bevor jemand überhaupt die Türschwelle zu seinem Büro überschritten



hat – so geschieht es, wie man hört, schon wieder in der Londoner City –, dann wird Freiheit auf unverantwortliche Weise in Anspruch genommen.

Ich zitiere aus einer Kolumne der Autorin Julia Löhr in der FAZ: „Wohlgemerkt, es geht nicht darum, Boni komplett abzuschaffen ... Banker sind geldgetrieben, daran wird sich nichts ändern. Wer den Arztberuf ergreift, macht das auch, weil er Leben retten will. Künstler ziehen ihre Befriedigung aus ihrem Werk. Aber kaum einer wird es als sein Lebensglück bezeichnen, täglich zehn Stunden oder mehr vor dem Computer zu sitzen und Aktien, Anleihen oder Derivate zu handeln. Die Höhe des Einkommens stiftet Erfüllung, ist Gradmesser des eigenen Erfolgs. Nirgendwo gilt das so sehr wie für die Mitarbeiter von Banken. Es ist deshalb richtig, einen Teil der Bezüge an Umsatz, Gewinn oder Aktienkursentwicklung zu koppeln. Aber diejenigen, die Arbeitsverträge aushandeln, sollten dabei mit Maß vorgehen. Es sollte sich um den kleineren Teil der Bezüge handeln. Es sollte nicht dazu führen, dass im Gegenzug die ohnehin schon hohen Fixgehälter steigen. Und es sollte sichergestellt sein, dass variable Vergütungselemente das bleiben, was sie dem Wortlaut nach sind: eine Variable. Ein Verzicht auf Garantie-Boni wäre mehr als nur ein weiteres Zeichen in einer hitzigen Debatte. Dies wäre endlich ein Symbol für ein nachhaltiges Umdenken.“ Soweit die Autorin Julia Löhr.



Dr. Wolfgang Gerhardt MdB und Bürgermeister Hermann Weber.

Ich möchte ergänzen, dass es sehr zu bedauern ist, dass die internationale Kapitalbranche nicht von selbst zu dieser Einsicht gefunden hat. Dass die Staatengemeinschaft der G 20 das Thema der Vergütung von Bankmanagern auf ihre Tagesordnung genommen hat, dass es sogar zu einer grundsätzlichen (bisher allerdings noch nicht sonderlich wirksamen) zwischenstaatlichen Verständigung zur Handhabung von Boni gekommen ist, ist in Wahrheit ein Armutszeugnis für die Branche und ein Debakel für die freie Wirtschaft. Denn es ist angetan, die Politik geradezu zu ermutigen, sich auch ins unternehmerische Handeln einzumischen, und das nicht nur im Geldgeschäft. Und das ist grundverkehrt! Im Kern muss gelten und sollte alsbald wieder voll zur Geltung gebracht werden, dass der Staat für einen effizienten Ordnungsrahmen – nicht nur, aber ganz besonders auf den Geldhandelsmärkten –, die Unternehmen aber für das Binnengeschehen ihrer jeweiligen Branchen verantwortlich sind.

Sie haben deshalb auch dafür zu sorgen, dass Leistung und Einkommen in einem angemessenen Verhältnis zueinander stehen, dass sie sich nicht aus den Augen verlieren. So wie die Kreditwirtschaft darauf zu achten hat, dass der Bezug zur Realwirtschaft erhalten bleibt, so muss es auch im Verhältnis von Leistung und Einkommen, auch im Geldhandel wieder werden! Dass diese Balance zwischen Leistung und Gegenleistung für den verständigen Bürger nachvollziehbar gelingt, ist für Ansehen und Erfolg der sozialen Marktwirtschaft von größter Bedeutung.

Dass diese Balance zwischen Leistung und Gegenleistung für den verständigen Bürger nachvollziehbar gelingt, ist für Ansehen und Erfolg der sozialen Marktwirtschaft von größter Bedeutung.

Und dabei ist selbstverständlich – und soll hier nur der Sicherheit halber wiederholt werden –, dass dies ganz generell Beachtung verlangt. Ich erinnere mich noch der Zeiten, in denen in Deutschland eine ungeschriebene Regel galt, der zufolge der Vorstandsvorsitzende eines Unternehmens prinzipiell nicht mehr als das bis zu 40-Fache einer Fachkraft der jeweiligen Branche verdienen sollte.

Hier hat die Globalisierung der Wirtschaft weitreichende Veränderungen geschaffen, übrigens „nach unten“ bei den Niedriglöhnen wie „nach oben“ bei den Spitzeneinkommen. Es ist aber im Interesse des gesellschaftlichen Zusammenhalts und damit auch im ureigenen Interesse der in der Wirtschaft verantwortlich Handelnden, dass dies nicht aus den Fugen gerät. Ereignisse in einzelnen europäischen Ländern, gewalttätige Exzesse hier oder da, sollten uns eine Warnung sein, auch wenn wir deren nicht bedürfen sollten.

Es reicht deshalb nicht, gewissermaßen entschuldigend auf den internationalen Wettbewerb um die besten Köpfe zu verweisen und damit auch offenkundige Einkommensexzesse erklären zu wollen. Es muss von der betroffenen Branche auch international ge- und verhandelt werden, damit die aus unterschiedlichem Leistungsvermögen sich ohnedies ergebende Dehnung und Spreizung des gesellschaftlichen Zusammenhalts nicht schlicht überdehnt und überreizt wird. Wie gefährlich es ist, dies nicht zu beachten und die Sensibilität der Menschen für Fragen der Gerechtigkeit auf das Größte zu verletzen, ist auch historisch belegt.

Die Finanzkrise war, wie der amerikanische Kolumnist Thomas Friedman sagte, ein „ethischer Störfall“, weil sie nachhaltige Werte durch virtuelle, „situationsbezogene“, also allenfalls kurzzeitig haltbare ersetzte. Für die „Bonus-Kultur“ namentlich im Investmentbanking gilt Ähnliches. Sie war – und ist – ein gravierender ethischer Störfall. Entgegen den bisherigen Anzeichen hoffe ich immer noch, dass die Top-Banker dieser Welt daraus doch noch selbst notwendige Konsequenzen ziehen und national wie international Beispiele dafür setzen, dass Vereinbarungen aus freien Stücken – vor allem über die Händlervergütungen in den Banken – besser und wirkungsvoller als die inzwischen ergangenen hoheitlichen Vergütungsregeln sind. Sie sollten von Wilhelm Röpke, einem der Vordenker der sozialen Marktwirtschaft, wissen, dass „die fragwürdigen Dinge dieser Welt ... an ihrer eigenen Natur, die guten jedoch an ihrer Übertreibung zugrunde (gehen)“! Und wenn es richtig ist, dass 40 bis 50 Prozent der Gewinne der Geldhäuser an die Händler gehen, dann schreit dies nach anderen unternehmerischen Strukturen.

Dazu wäre es auch ein hilfreiches Signal, wenn hierzulande im Rahmen des Deutschen Corporate Governance Kodex überzeugende selbstbindende Standards verabredet würden. Und wenn dazu die „schwarzen Schafe“ in den eigenen Reihen

Freiheit gelingt nur
mit Verantwortung!

einmal deutlich angesprochen würden, könnte das der Wertschätzung unserer Wirtschaftsordnung nur gut tun. Es gilt auch hier: Freiheit gelingt nur mit Verantwortung!

„Der freiheitliche säkularisierte Staat“, so hat der Staatsrechtslehrer Ernst Wolfgang Böckenförde gesagt, „lebt von Voraussetzungen, die er selbst nicht gewährleisten kann.“ So ist es – und so ist es auch für eine der Freiheit verpflichtete Marktordnung. Auch sie ist auf Sitte und Anstand und Verantwortungsbereitschaft für das Ganze der in ihr wirkenden Kräfte angewiesen.

Brauchen wir eine neue soziale Marktwirtschaft?

Dem Menschen ist das Streben nach Selbstverwirklichung und damit in der Regel auch nach einer Verbesserung seiner Lebensverhältnisse eigen. Das ist Ausdruck eines Freiheitsdrangs, der seine Grenzen – wie auch sonst – im Respekt vor der Freiheit des anderen findet. Das ist verantwortete Freiheit.

Dem trägt von allen Wirtschaftsordnungen allein eine Marktwirtschaft Rechnung, die auf der Basis garantierter Freiheits- und Eigentumsrechte prinzipiell offen ist für den freien Austausch von Gütern, Waren und Dienstleistungen, dies allerdings eingebettet in eine Ordnung, die vor selbstzerstörerischen Tendenzen – etwa des Missbrauchs von Marktmacht – schützt, und im Wissen darum, dass Freiheit unweigerlich Unterschiede erzeugt, einen sozialen Ausgleich gewährleistet. Wir nennen dies – zusammenfassend – soziale Marktwirtschaft.

Nach meiner Überzeugung kann ein freiheitlicher Staat nur ein solcher sein, dessen Wirtschaft den Grundregeln einer sozialen Marktwirtschaft folgt. Und umgekehrt gilt dies auch: Eine solche soziale Marktwirtschaft gibt es nur in einem freien Staatswesen. Oder kurz und knapp: Demokratie und soziale Marktwirtschaft gehören zueinander.

Nach meiner Überzeugung kann ein freiheitlicher Staat nur ein solcher sein, dessen Wirtschaft den Grundregeln einer sozialen Marktwirtschaft folgt. ... Eine solche soziale Marktwirtschaft gibt es nur in einem freien Staatswesen.

Die Rede ist mithin von einer Wettbewerbsordnung, die mit Leitplanken der sozialen Sicherheit ausgestattet ist. Alfred Müller-Armack hat in diesem Zusammenhang davon gesprochen, das „Prinzip der Freiheit auf dem Markt mit dem des sozialen Ausgleichs zu verbinden“, während Ludwig Erhard mit dem – m. E. durchaus missverständlichen – Slogan „Wohlstand für alle“ nicht etwa eine generelle Umverteilungspolitik meinte, sondern – wie wir heute vielleicht sagen würden – systemische Offenheit, also Chancengerechtigkeit und dazu soziale Sicherheit für alle.

Tatsächlich hat sich aus der Vorstellung der Vordenker und Gründerväter der sozialen Marktwirtschaft, die von der ersten großen Weltwirtschaftskrise geprägt und Befürworter des – aus Gründen der Machtkontrolle oder der sozialen Flankierung – interventionistischen Staates waren, „ein Ringen der Wettbewerbsprinzipien mit denen des sozialen Ausgleichs“ (Prof. Andre Schmidt) ergeben – wobei die Sozialpolitik seit den 60er-Jahren des vergangenen Jahrhunderts bis in unsere Zeit mehr und mehr in die Vorhand gelangte.



Es ist mir deshalb wichtig, wie Sie verstehen werden, eine Bemerkung Willy Brandts einzuflechten, die er 1987 in seiner Abschiedsrede als Vorsitzender seiner Partei hinterließ: „Wenn ich sagen soll, was mir neben dem Frieden wichtiger sei als alles andere, dann lautet meine Antwort ohne Wenn und Aber: Freiheit.“ Soweit dieser, in meinen Augen sehr wichtige Hinweis Brandts an seine Partei, der in meinem Verständnis der Freiheit die herausragende Bedeutung in der Hierarchie sozialdemokratischer Werte zuerkannte und keine Verkürzung – etwa auf eine „soziale Freiheit“ – zuließ.

Freiheit aber, das heißt zuallererst, Verantwortung für sich selbst zu tragen, es bedeutet Eigenverantwortung und Eigeninitiative und die Inanspruchnahme des Staates erst dann, wenn die individuelle Lage keinen anderen Weg lässt.

Freiheit aber, das heißt zuallererst, Verantwortung für sich selbst zu tragen, es bedeutet Eigenverantwortung und Eigeninitiative und die Inanspruchnahme des Staates erst dann, wenn die individuelle Lage keinen anderen Weg lässt. Das Wort John F. Kennedys „Frage nicht, was dein Land für dich tun kann, sondern was du für dein Land tun kannst“ gehört hierher.

Es hat uns im Jahr 2003 zum Grundsatz des „Förderns und Forderns“ gebracht, der seitdem namentlich am Arbeitsmarkt gilt – hoffentlich alsbald auch in der Integrati-

onspolitik – und der aus meiner Sicht eine Wende eingeleitet und der Gefahr entgegengewirkt hat, der demokratische Staat könne sich im Verteilen von Wohltaten buchstäblich erschöpfen. Der Klarheit halber füge ich eine Selbstverständlichkeit hinzu: Es kann nur verteilt werden, was zuvor erwirtschaftet worden ist und was nicht in die Zukunftsfähigkeit unseres Landes, also namentlich in Bildung, Wissenschaft und Forschung oder Infrastruktur investiert werden muss.

Der Prozess der Globalisierung bedeutet nun nichts anderes als eine Intensivierung und Beschleunigung des weltweiten Wettbewerbs. Seine Folge ist auch ein Wettbewerb der Systeme, wobei in den höchstentwickelten Volkswirtschaften und auch in unserem Land der sozialen Marktwirtschaft die Sorge um sich greift, unter besonders starken Anpassungsdruck zu geraten. Das ist richtig, verlangt allerdings nicht, die Grundbedingungen der sozialen Marktwirtschaft zu verändern. Wohl aber verlangt es eine Veränderung in der Hierarchie der Handlungsmöglichkeiten, die im System- wie im Standortwettbewerb zur Verfügung stehen. So gilt es vor allem, Umweltpolitik auch als stimulierenden Faktor der Wirtschaftspolitik, Bildungs- und Qualifizierungspolitik sowie Integrations- und Zuwanderungspolitik als herausragend wichtige Antworten auf die sozialen Fragen unserer Zeit – und erst recht eines Landes im demografischen Wandel – zu verstehen. Die Talente und Möglichkeiten eines jeden Einzelnen so weit wie möglich herauszufordern, seine Ideen und Fähigkeiten zur Entfaltung kommen zu lassen – daraus wird die Dynamik, die der sozialen Marktwirtschaft innewohnt.

Und das bedeutet, dass wir nicht eine neue soziale Marktwirtschaft, wohl aber neue Antworten im Rahmen der sozialen Marktwirtschaft benötigen, die uns sehr wohl in die Lage versetzen, im globalen Wettbewerb der Systeme und – europäisch gesprochen – der großen Weltregionen bestehen zu können.

Der starke Staat setzt auf freie und eigenverantwortlich handelnde, auf starke Bürger – nicht auf deren hoheitliche Bevormundung. An dieser Elle gemessen sind wir kein starker Staat. Ich will das auf drei Sektoren zu belegen suchen.

Erstes Thema. Seit hierzulande ein unabhängiger „Normenkontrollrat“ am Werke ist, wissen wir: Allein im Bestand des Bundesrechts befanden sich gegen Ende 2008 über 80.000 Rechtsvorschriften, darin (und in europäischen Rechtsakten) sind allein 10.407 Informations- und Berichtspflichten der Wirtschaft enthalten, die dafür nach der anerkannten Standardkostenrechnung jährlich 47,6 Milliarden Euro aufwenden muss.

Die **Regulierungswut** tobt sich wohl am nachdrücklichsten im Bau- und Planungsrecht, im Arbeits- und Sozialrecht sowie im Umwelt- und Steuerrecht aus. Hier kann man lernen: Der deutsche Hang zur Einzelfallgerechtigkeit löst keine Probleme, aber treibt die Bürokratie und übrigens auch die Beratungskosten. In Deutschland haben inzwischen fast 90.000 Steuerberater überwiegend gut zu tun. Das ist nahezu die Hälfte aller in der EU tätigen Steuerberater. Wer nur die absurden, eines modernen Staates unwürdigen Regelungen und Erläuterungen zu den 7-Prozent-Privilegien zur Mehrwertsteuer zur Hand nimmt, braucht für diese deutsche „Vormachtstellung“ keine weitere Begründung. Zum Sozialgesetzbuch II gibt es inzwischen mehr als 40 Novellen. Es ist keineswegs das bürokratischste aller deutschen Regelwerke, aber es ist ein weiteres Beispiel eines wahrhaftig umfassenden Regelungsbedürfnisses des deutschen Gesetzgebers.

Uneingestanden begründet ist diese Regelungsenergie m. E. im Misstrauen des Rechtsetzers in Bürger und Unternehmen, in Schulen und Hochschulen, ja auch in die eigenen Behörden. Ermessensspielräume werden zugunsten detaillierter Einzelvorgaben immer weiter beschnitten.

Dieses Misstrauen ignoriert die Fähigkeit zu Eigenverantwortung und entsprechend angemessenem Handeln der Bürger, Unternehmen und Institutionen einschließlich Behörden. Dieses mangelnde Vertrauen ist die eigentliche Quelle



überbordender Rechtsetzung und Bürokratie. Sie scheint nicht den Bürger, sondern eher sich selber, den Rechtsetzer, als den eigentlichen Souverän zu sehen.

Ich behaupte, die zunehmende Regelungswut und Bürokratie in unserem Land ist inzwischen freiheitsgefährdend. Sie erstickt Initiative und Innovation. Es ist so: Unser Land ist rechtlich verregelt, verriegelt, verreguliert.

Unser Land ist rechtlich
verregelt, verriegelt,
verreguliert.

Dagegen helfen nach meiner Erfahrung keine Einzelmaßnahmen mehr, sondern nur ein radikales Zurückschneiden überflüssiger Normen und überständiger Bürokratien mit Netto-Erträgen, die in einem ersten Schritt bei 25 Prozent der heutigen bürokratischen Kosten der Wirtschaft liegen sollten. Hier ist – netto! – tatsächlich sehr, sehr viel zu bewegen. Das wäre ein Dienst im Sinne von „mehr Freiheit wagen“ – und auch noch ein Konjunkturprogramm in einer Höhe, wie es Herr Brüderle, selbst wenn er es wollte, aus seinem Etat nicht in einer ganzen Legislaturperiode zusammenbringen könnte...

Apropos: Die FDP-Bundestagsfraktion hat im März des vergangenen Jahres ein umfassendes Programm zum Bürokratieabbau vorgelegt. Es ist konsequenter und mutiger als all das, was jetzt in der geltenden Koalitionsvereinbarung zu lesen steht.

Zweites Thema. Die Bundesagentur für Arbeit – früher bezeichnenderweise Bundesanstalt geheißen – arbeitet heute so nah am Arbeitsmarkt, also unternehmerisch, wie noch nie in der Geschichte dieser Einrichtung. Das zahlt sich in messbaren Erfolgen am Arbeitsmarkt auch tatsächlich aus. Zu danken ist dies nicht zuletzt dem Vorstand der Bundesagentur für Arbeit unter der Führung von Frank Weise, einem gelernten Unternehmer und entschlossenen Neuerer am Arbeitsmarkt.

Um dies zu erreichen, hat Herr Weise über 200 außertariflich dotierte Leistungsträger mit Auslands- und Wirtschaftserfahrung nach Nürnberg geholt, nachdem er sehr rasch gelernt hatte, dass er die Führungskräfte, die er brauchte, um wirklich Veränderungen am Arbeitsmarkt bewirken zu können, nicht über die fast unverändert starren Laufbahnrichtlinien des öffentlichen Dienstrechts gewinnen konnte.

Der Erfolg ist messbar – aber dafür hat Herr Weise jetzt den Rechnungshof am Bein und damit das öffentliche „Dienstrecht – so widersinnig es auch sein mag“, wie ich wörtlich in einem Bericht las.

Ich will es kurz machen: Im Jahr 2001 hat eine von der damaligen NRW-Landesregierung einberufene, hoch qualifiziert besetzte Kommission unter der Leitung von Professor Hans Peter Bull, dem späteren Innenminister von Schleswig-Holstein, festgestellt, der öffentliche Dienst werde so, wie zurzeit gehandhabt, den aktuellen Herausforderungen nicht gerecht. Die Leistungen würden nicht mehr in der höchstmöglichen Qualität erbracht. Wegen des fehlenden Wettbewerbs und fehlender Anreize gebe es kaum messbare Leistungssteigerungen. Es fehle an Bürger- und Kundenorientierung. Führungskräfte würden nicht leistungsgerecht entlohnt. Hinzu komme, dass die Beamtenversorgung die öffentlichen Hände in massive Finanzprobleme bringe.

Apropos: Die Zahl der Versorgungsempfänger auf allen Etagen des öffentlichen Dienstes wird nach einer Stellungnahme der Bundesregierung zwischen 2005 und 2030 um mehr als 25 Prozent von jetzt rund 1,5 Millionen auf etwa 2 Millionen ansteigen. Und Professor Bernd Raffelhüschen, der kürzlich mit bedrückenden Ergebnissen die Entwicklung der Beamtenpensionen in NRW untersuchte – die Ausgaben nur für Pensionszahlungen werden in diesem Land in den nächsten zehn Jahren von heute 4,1 Milliarden um 60 Prozent auf 6,6 Milliarden Euro jährlich anschwellen –, hat dazu den nordrhein-westfälischen Beamtenapparat als, ich zitiere, „groß, alt, weiblich und langlebig“ charakterisiert, um gleich diese Erläuterung hinzuzufügen: „Beamte und Beamtengattinnen leben drei Jahre länger als der Durchschnitt. Jetzt haben wir ein Malheur.“

Qualität und Effizienz des öffentlichen Dienstes sind nicht auf der Höhe der Zeit und nicht auf Augenhöhe mit den Unternehmen der freien Wirtschaft.

Also kurz und knapp: Qualität und Effizienz des öffentlichen Dienstes sind nicht auf der Höhe der Zeit und nicht auf Augenhöhe mit den Unternehmen der freien Wirtschaft. Kostenreduktionen, die Bürgern und Unternehmen zugutekämen, werden nicht oder nicht hinreichend wahrgenommen. Der Grundsatz der Nachhaltigkeit wird durch die Belastung künftiger Generationen mit weiter ansteigenden Versorgungslasten missachtet. Wir agieren auch auf diesem Feld auf Kosten der Freiheit kommender Generationen.

Die Zeit für eine grundlegende Reform des öffentlichen Dienstrechts ist also da. Sie sollte damit beginnen, dass – wie in all unseren Nachbarländern – Lehrer und Hochschullehrer nicht mehr verbeamtet werden. Sachsen und Thüringer zeigen, dass das gut geht, von der Bestenauslese der Pädagogen in Skandinavien gar nicht zu schwärmen.

Drittes Thema. Das Beispiel „grüne Gentechnik“ – oder: Gebt der deutschen Wissenschaft die Freiheit zurück!

Vor gut 40 Jahren, im Herbst des Jahres 1969, war die Geburtsstunde der Gentechnik. Professor Ernst-Ludwig Winnacker, der spätere Präsident der Deutschen Forschungsgemeinschaft, war damals, im Jahr 1969, Postdoktorand am Department für Biochemie der Universität von Kalifornien in Berkeley, und bei der Geburtsstunde der Gentechnik in den USA dabei. Es gibt keinen besseren Zeugen als ihn für das, was sich seither hierzulande tut oder – besser gesagt – nicht tut.

Inzwischen hat sich die Gentechnik weltweit als unersetzlich für die moderne biologische Forschung erwiesen. Die Biologie als Wissenschaft ist – so Winnacker – „durch sie aufgeblüht und quantitativ“ geradezu revolutioniert worden – eben-

so übrigens wie die pharmazeutische Industrie mit zahllosen neuen Produkten, die aus der heutigen medizinischen Praxis nicht mehr wegzudenken sind.



Die breite Diskussion um die Chancen und Risiken der Gentechnik, die darüber in der Öffentlichkeit entbrannte, hatte allerdings ihren Preis, und zwar nach meinem Eindruck in ganz besonderer Höhe hier bei uns in Deutschland. So wies Winnacker kürzlich in einem Vortrag in Straßburg beispielhaft darauf hin, dass dem Unternehmen Hoechst AG elf Jahre lang die großtechnische Produktion von gentechnisch hergestelltem humanem Insulin ver-

sagt wurde, und zwar mit dem Ergebnis, dass zwar in der medizinischen Praxis seit 1983 nur noch dieses Material verwendet wird, dass davon aber ausschließlich ausländische Hersteller profitieren. Ich zitierte Winnacker: „Die Hoechst AG, die noch 1982 das größte Pharmaunternehmen der Welt war, hat diese Auseinandersetzung, die im Wesentlichen auf den damaligen hessischen Umweltminister Joschka Fischer zurückgeht, nicht überlebt.“ Es gibt dieses Unternehmen nicht mehr. Ihm, Winnacker selbst, habe die Auseinandersetzung um die rote Gentechnik damals „immerhin einen Platz auf der Abschussliste der Rote-Armee-Fraktion“ eingebracht.

Der – jedenfalls inzwischen offenkundige – Unsinn, der seinerzeit über die Anwendung des körpereigenen Insulin verbreitet wurde, nämlich dass sie für den Menschen tödlich enden könne, hat sich hierzulande beinahe ein ganzes Jahrzehnt lang gehalten. International hat das dem Ansehen Deutschlands als Forschungsstandort schweren Schaden zugefügt. Die deutsche Biotechindustrie hat es wohl deshalb – Ausnahmen bestätigen die Regel – bisher nicht bis in die Weltliga gebracht.

Heute, vier Jahrzehnte nach der Geburt der Gentechnologie, droht sich in unserem fortschritts- und risikoscheu gewordenen Land die Geschichte, nun um die grüne Gentechnologie, zu wiederholen. Es ist im Grunde der gleiche Glaubenskrieg, in dem die rote Gentechnik bei uns beinahe komplett untergegangen wäre, der jetzt mit immer wiederkehrenden, vom Rechtsstaat kaum verfolgten gewalttätigen Zerstörungen von Versuchsanlagen, mit teils aggressivem Misstrauen gegen die Wissenschaft und offenem Ignorieren ihrer Argumente und mit einem Feindbild von der klassischen intensiven Landwirtschaft – im Gegensatz zur vermeintlich guten, ökologischen Landwirtschaft – gegen die grüne Gentechnik ausgetragen wird.

Bis heute ist es deshalb hierzulande nicht gelungen, die Koexistenz verschiedener Anbauformen herzustellen. Dabei ist wissenschaftlich bestätigt, dass Mindestabstände zwischen Feldern und andere Maßnahmen, die Landwirte auch beim konventionellen oder ökologischen Anbau vorsehen, auch die unterschiedlichen Qualitätsmerkmale verschiedener Pflanzenkulturen mit und ohne Gentechnik sichern könnten.

Wie ist es dennoch möglich, dass hier in Bayern, das sich allen Ernstes als gentechnikfreie Zone darstellen möchte, 74 Prozent der Bevölkerung sich prinzipiell gegen die grüne Gentechnik aussprechen, dass 71 Prozent die Forderung unterstützen, den Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen im Land generell zu verbieten und dass ebensolche Mehrheiten beim alltäglichen Einkauf Wert auf

Lebensmittel legen, die gentechnisch nicht behandelt wurden? So beschreibt es jedenfalls das Verbraucherministerium.

Es versäumt allerdings, darauf hinzuweisen, dass 70 bis 80 Prozent der heute in Bayern und im übrigen Deutschland feilgebotenen Lebensmittel bereits mit gentechnisch veränderten Organismen in Kontakt gekommen sind, indem sie aus diesen hergestellte Produkte wie Stärke oder Lecithin enthalten. Wie ist eine derart schiefe, moderat gesprochen: unzureichende Informationspolitik erklärbar? Sie ist erstens erklärbar mit einer Kennzeichnungspflicht, die bis heute so angelegt ist, dass sie die volle Wahrheit nicht kennzeichnet. Sie ist deshalb zweitens mit Mark Twain erklärbar, der einst zu der Einsicht kam, dass die Wahrheit ein so wertvolles Gut ist, dass man möglichst sparsam damit umgehen sollte. Und dies ist wiederum nur erklärbar aus dem Verhalten eines Teils der Politik, der immer mehr dazu übergeht, die Führung des Landes – vorsichtig gesprochen: zumindest in komplexen Fragestellungen wie der Genforschung, der Stammzellforschung, der Nanotechnologie oder der Nutzung der Kernenergie oder der Transrapid-Technologie – lieber der Demoskopie anheimzugeben, statt sie – gestützt auf die Erkenntnisse der Wissenschaft – selbst wahrzunehmen.

Gentechnisch verändertes Saatgut ist heute in 25 Ländern im Einsatz, 30 weitere Staaten lassen den Import gentechnisch veränderter Lebensmittel zu. Die Anbaufläche ist derzeit bei 125 Millionen Hektar, also etwa so groß wie die gesamte Ackerfläche der EU. Derzeit bauen etwa 13 Millionen Landwirte weltweit gentechnisch veränderte Pflanzen an. Führend sind – nach Nutzfläche – die USA, gefolgt von Argentinien, Brasilien, Kanada, Indien und China. Wie gesagt, der Anbau in Europa ist kaum nennenswert, wir importieren allerdings etwa 30 Millionen Tonnen gentechnisch veränderte Pflanzen als Tierfutter, das entspricht etwa 60 Kilogramm pro Einwohner.

Wer sich die Zahlen einer immer noch wachsenden Weltbevölkerung vor Augen führt – 2030 etwa 8,5 Milliarden, 2050 etwa 9 Milliarden Menschen –, dem wird klar, dass wir die landwirtschaftliche Produktion in den nächsten 20 Jahren global etwa verdoppeln müssen – jedenfalls dann, wenn wir den Hunger der heute hungernden Menschen und künftiger Generationen – etwa in der Sahelzone – stillen wollen.

Deshalb ist es so wichtig, dass die Pflanzenbiotechnologie die globale Nahrungsmittelversorgung auch quantitativ verbessern hilft, dass sie dabei die Umwelt schützt und nicht belastet, indem sie etwa den Einsatz von Schädlingsbekämpfungsmitteln überflüssig macht, dass sie in jedem einzelnen Projekt so um-



fassend geprüft wird wie kaum eine andere Technologie und man deshalb sagen kann, dass sie so sicher wie innovativ ist, und dass sie schließlich Arbeitsplätze in der Forschung und in der Landwirtschaft erhält und neue schafft, bei uns wie anderwärts auf der Welt.

Viele seiner Forscherkollegen, so sagte Professor Winnacker in jenem Vortrag, haben inzwischen resigniert, sie wollen sich für die unsäglichen Anti-Gentechnik-Kampagnen nicht mehr hergeben, sie sind diese ergebnisresistenten Diskussionsrituale leid und haben zudem den Eindruck, „nun auch noch die Politik als ihren Gegner erkennen“ zu müssen. Doch nach den Auseinandersetzungen um die Gen- und Genomforschung und ihre Anwendung für die menschliche Gesundheit geht es jetzt um die Nachhaltigkeit der Pflanzenproduktion, ohne die eine der größten Herausforderungen der Menschen, der Hunger von vielen Millionen Menschen, nicht bestanden werden kann.

Es steht in dieser Auseinandersetzung um die grüne Gentechnologie sehr viel auf dem Spiel. Es geht geradezu exemplarisch um die verantwortete Freiheit von Wissenschaft und Forschung – und es geht im globalen Maßstab auch darum,

vielen hungernden Menschen auf der Welt ein Leben in Freiheit von ärgster Not zu ermöglichen.

Und damit allüberall nachvollzogen werden kann, wie es um die Freiheit der Wissenschaft hierzulande konkret steht, zitiere ich noch eine Presseinformation der Leibniz Universität Hannover vom 25. September 2009. Überschrift: „Genforscher verlagern Arbeiten in die USA“. Text: „Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler des Instituts für Pflanzengenetik an der Leibniz Universität Hannover wollen ab 2010 in Kooperation mit der North Dakota University Experimente mit genveränderten Erbsen im Freiland durchführen. Diese Erbsen enthalten Gene aus anderen Pflanzen oder Bakterien zur Verbesserung der Resistenz gegen Pilzkrankheiten und Insektenfraß. Die Kooperation soll sicherstellen, dass die innerhalb von Abschluss- oder Doktorarbeiten entwickelten Pflanzen auch auf eine mögliche praktische Anwendung geprüft werden. Die Wirksamkeit der eingebrachten Gene kann nur im Feldversuch sicher getestet werden. Wegen der zunehmenden Zahl an Versuchs- und Feldzerstörungen ist dies in Deutschland zurzeit nicht möglich.“ Ende des Zitats.

Es steht in dieser Auseinandersetzung um die grüne Gentechnologie sehr viel auf dem Spiel. Es geht geradezu exemplarisch um die verantwortete Freiheit von Wissenschaft und Forschung.

Ende der grünen Gentechnologie in Deutschland? Ich denke, der der Freiheit verpflichtete Rechtsstaat darf vor Ideologisierungen und Tabuisierungen nicht kapitulieren. Und ich hoffe inständig, er wird es auch nicht! Dann muss er aber handeln!

Ein freiheitlicher, also starker Staat ist reformbereit, auch wo es um ihn selbst geht, und sorgt vor allem anderen für Offenheit, Transparenz und Durchschaubarkeit seines Handelns und das seiner Institutionen. Nichts ist wichtiger für ein demokratisches Gemeinwesen.

... der der Freiheit verpflichtete Rechtsstaat darf vor Ideologisierungen und Tabuisierungen nicht kapitulieren.

Auch dazu möchte ich noch Beispiele benennen, die für die Notwendigkeit einer zumindest kleinen Kulturrevolution auf unseren staatlichen bzw. quasistaatlichen Ebenen sprechen.

Erstes Beispiel: Die föderalen Strukturen in Deutschland, die für die Machtbalance zwischen Bund und Ländern sorgen sollten und deren Charme im Gegensatz zu zentralstaatlichen Strukturen in der Fähigkeit zu Kooperation und Konkurrenz zwischen den regionalen Gliederungen besteht, sind längst aus den Fugen geraten. Die Mischformen der Aufgabenwahrnehmung in unserem föderalen Staat und vor allem der Bund-Länder- sowie der Länder-Länder-Finanzierung widersprechen je-

der Logik und Klarheit politischer Aufgabenwahrnehmung. Sie machen stattdessen die Verantwortlichkeiten im föderalen Staat für die Bürger undurchschaubar und sind zugleich dauerhaft sprudelnde Quellen von immer mehr zeit- und kräftezehrender Bürokratie. Die drastisch unterschiedliche Finanz- und Wirtschaftsstärke der deutschen Länder schließt jede sinnvolle föderale Konkurrenz aus, sie tobt sich bezeichnenderweise fast nur noch im Beamtenrecht aus, wenn die Länder mit unververtretbaren Erhöhungen der Altersgrenzen zur Verbeamtung auf 40, 42 oder gar 45 Jahre um Lehrerinnen und Lehrer konkurrieren.

Dies und noch viel mehr hat zur Folge, dass von den 16 deutschen Ländern mindestens 11 nicht in der Lage sind, die ihnen zukommenden Aufgaben, namentlich im Bildungsbereich, angemessen und auf der Höhe der Zeit zu bewältigen. Die immer stärker gewordene Parteipolisierung föderalen Handelns, die die Rolle des Bundesrates infrage stellt und die Kooperationsmöglichkeiten zwischen den Landesregierungen mit dem Ziel bundesweiter Standards namentlich im Bildungsbereich minimiert, tut ein Übriges. Die Föderalismusreformen der jüngsten Zeit, namentlich die Übertragung der gesamten Bildungskompetenz auf die Länder, und dazu das in Zeiten des „networking“ nachgerade hirnrissige Kooperationsverbot zwischen Bund und Kommunen, können vor diesem Hintergrund – sehr diplomatisch formuliert – nicht bestehen.

Notwendig ist eine wirkliche, eine grundlegende Föderalismusreform ... nur noch sechs bis acht Länder, eine Beendigung des Länder-Finanzausgleichs und aller Bund-Länder-Mischfunktionen.

Notwendig ist eine wirkliche, eine grundlegende Föderalismusreform, zu der an erster Stelle eine Neugliederung, also Reduzierung der Zahl der Länder, mit dem Ziel wenigstens annähernd gleicher Kräfteverhältnisse, gehört. Das bedeutet konkret: nur noch sechs bis acht Länder, eine Beendigung des Länder-Finanzausgleichs und aller Bund-Länder-Mischfunktionen sowie eine umfassende Bildungskompetenz für die Länder nur unter der Voraussetzung verfassungsgemäß abgesicherter bundesweiter Standards.

Man muss das so deutlich sagen: Klare, durchschaubare Strukturen und eine funktionierende, gute Organisation sind die wichtigsten Voraussetzungen für erfolgreiche Unternehmen wie für den der Freiheit seiner Bürger verpflichteten, ihr dienenden Staat. Schwer, wenn überhaupt durchschaubare Verantwortlichkeiten für Entscheidungen und deren Folgen, Intransparenz und schwierige, zumeist langwierige und zu Selbstblockaden neigende und verführende Entscheidungsprozesse kennzeichnen heute unser föderales Geschehen. Die Politik, die daraus hervorgeht, stellt sich schon in ihrem Werden selbst infrage. Sie agiert überwiegend



nicht kreativ, sondern nur noch funktionsgemäß und gefährdet so das Ansehen des freiheitlichen Gemeinwesens. Wir sollten uns nicht täuschen: Die Tatsache, dass immer mehr Bürger auf Distanz zum allgemeinen politischen Geschehen gehen – wie sich nach meiner Wahrnehmung auch um „Stuttgart 21“ zeigt –, hat auch damit zu tun. Sie zweifeln – oder verzweifeln sogar – an einer Politik, die von anderen fordert, aber selbst nicht bereit ist, ihre eigene Ordnung auf einen Stand zu bringen, der der Zeit, dem Informations- und Kommunikationsbedarf der Bürger und den Aufgaben von heute gerecht wird.

Zweites Beispiel: Die Allgegenwart und gleichzeitige Intransparenz des deutschen Parteiensystems fördert zudem die längst besorgniserregende Distanz zwischen Bürgern und Politik, wobei in der allgemeinen Wahrnehmung zwischen Parteien und Politik kaum ein Unterschied besteht. Semantisch sollten uns schon Begriffe wie „Zivilgesellschaft“ oder „politische Klasse“ oder „Seiteneinsteiger“ eine Warnung sein.

Die Allgegenwart des deutschen Parteiensystems ist außerhalb des politisch-parlamentarischen Lebens am besten im öffentlich-rechtlichen Rundfunk im Blick auf die Vielzahl

Die Allgegenwart und gleichzeitige Intransparenz des deutschen Parteiensystems fördert zudem die längst besorgniserregende Distanz zwischen Bürgern und Politik ...

von Parteien- und Regierungsvertretern in den Aufsichtsgremien, namentlich des ZDF, zu besichtigen. Es hat aber längst auch andere Institutionen erfasst, soweit dort nur der Hauch eines öffentlichen Einflusses besteht, ob in Landesbanken oder Sparkassen oder bei der Bahn AG. In öffentlichen Verwaltungen wird es hier und da schon fast wie ein fester Bestandteil des normalen Personalmanagements gehandhabt.

Demgegenüber steht in krassem Gegensatz die Art und Weise der Auswahl unseres politischen Personals. Dieser Aspekt ist aus meiner Sicht der besorgniserregendste und verdient viel Aufmerksamkeit, aber er verlangt auch nach weitreichenden Veränderungen. Hier und heute will ich nur hervorheben, dass die Praxis der Kandidatenkür der Abgeordneten zum Deutschen Bundestag, und zwar namentlich der sogenannten Listenabgeordneten – aber bei den Direktkandidaten ist es kaum anders –, die in der Regel in allen Parteien hinter verschlossenen Türen stattfindet, hinter die noch nicht einmal die Mehrzahl normaler Parteimitglieder zu blicken vermag, in seiner Abschottung, Intransparenz und Undurchschaubarkeit aus demokratischer Sicht absolut indiskutabel, nachgerade unwürdig ist. Heraus aus den Hinterzimmern der Parteien ist deshalb die gelindeste Forderung, die nichtsdestotrotz wichtig ist, weil Öffentlichkeit Wettbewerb provoziert.

Der schon erwähnte Tübinger Philosophie-Professor Höffe ruft uns weit darüber hinaus im Sinne einer „vitalen Bürgergesellschaft“ zu mehr Mut zur Stärkung der direkten Demokratie auf – was m. E. im Blick auf die wachsende Distanz zwischen Politik und Bürgern sehr ernsthaft zu erwägen ist, und zwar namentlich auf der Ebene der Kommunen, die dringend der finanziellen und kompetenziellen Stärkung bedürfen. Denn „vor Ort“ muss sich Demokratie erweisen. Da kommt es darauf an. Und deshalb ist die Auseinandersetzung um „Stuttgart 21“ auch ein wirklich dramatisches Warnsignal.

Höffe spricht im Blick auf unsere Parteiendemokratie sogar von einem „Imperialismus der Politik“, da sie in immer mehr Lebensbereiche hereindränge, und von einem „Machtzuwachs der Berufspolitiker“, die „als Parteipolitiker über das Führungspersonal zu vieler Gesellschaftsbereiche entscheiden“. Da aber bei der parteipolitischen Besetzung von Spitzenämtern sich alle Parteien beteiligten, so Höffe, taue „diese Art von Unterhöhlung der Demokratie nicht als Wahlthema“. – Man mag über die Wortwahl uneins sein – in der Sache kann ich diesen analytischen Bemerkungen nur zustimmen.

Offenheit und Transparenz, Meinungsfreiheit und Meinungsvielfalt, Wechsel und Wandel, Ideen und Initiativen, Innovationen und Wettbewerb – das sind die

Grundbegriffe lebendiger Demokratie. Wer daran die Wirklichkeit unseres parteilich-politischen Lebens misst, der kann nur nach weitreichenden Veränderungen verlangen.

Der politische Meinungsstreit in unserem Land ist in meiner Wahrnehmung immer lauter, sprunghafter und unsteter geworden, aber keineswegs substanzieller oder gar bürgernäher. Im Gegenteil: Die Bürger fremdeln mit der von den Parteien dominierten Politik. Sie folgen ihr oft einfach nicht mehr. Viele, vor allem Jüngere, verfolgen sie nicht einmal mehr.

Der politische Meinungsstreit in unserem Land ist in meiner Wahrnehmung immer lauter, sprunghafter und unsteter geworden, aber keineswegs substanzieller oder gar bürgernäher.

So ist auch zu erklären, dass Außenstehenden mehr und mehr Aufmerksamkeit zuwächst, und zwar erst recht dann, wenn eine angebliche „political correctness“ sie zu Außenseitern, parteilich manchmal sogar zu „outlaws“ zu machen versucht. Der Bundesbank mag das angemessen sein, auch wenn zweifelhaft ist, ob missverständliche, in der Zwischenzeit aus der Welt geschaffene Äußerungen für ein berufliches Verdikt hinreichen. Bei einer demokratischen Partei aber muss die Freiheit der Meinungsäußerung vor allem anderen im Vordergrund stehen, da steht der offene Diskurs um die gesellschaftlich relevanten Fragen – und die Integrationsproblematik ist offensichtlich eine unserer relevantesten Fragen – auf dem Spiel. Wenn auch eine solche demokratische Partei sich nur der hierzulande eingeübten Empörungskultur hingibt, wird sie blind und taub für die Probleme, die es – etwa in unserer Migrationspraxis – unübersehbar gibt. Und sie wird blind und taub dafür, dass wir – wie in der Arbeitsmarktpolitik generell – so auch in

Dr. h. c. Wolfgang Clement am Rande der Veranstaltung.



der Integrationspolitik ein „Fördern und Fordern“ brauchen. Und dazu die Einsicht, dass gesellschaftliche Deklassierung nicht zuallererst durch bürokratische Sozialmaßnahmen, sondern nur durch Integrationsbereitschaft, durch Bildung und Qualifikation und sich daraus ergebende gesellschaftliche Teilhabe überwunden werden kann.

Politik ist Kommunikation. Politik ist auszusprechen, was ist.

Politik ist Kommunikation. Politik ist auszusprechen, was ist. Das wissen wir von Ferdinand Lassalle. Freiheitliche Politik lebt davon – oder sie lebt nicht! Und das Nämliche gilt für eine demokratische Partei. Auch sie kann sich, wenn nicht selbst abschaffen, so doch überflüssig machen, jedenfalls als Volkspartei abmelden.

Für eine freiheitliche Gesellschaft, die mehr Mut zur Zukunft braucht

Wir Deutschen haben nach den Verwüstungen und Verheerungen des Nationalsozialismus und des Zweiten Weltkrieges, nach der die Freiheit verachtenden Herrschaft der Kommunisten über Ostdeutschland wieder zu uns gefunden. Es war und ist das Werk von Generationen, dass das gelang und dass dieses Deutschland nach alldem – trotz und alledem – ein rechtsstaatliches, freiheitliches und offenes, weltweit geachtetes Land im Herzen Europas werden konnte. Doch jetzt stehen wir in der Verantwortung, die Rolle unseres Landes und Europas in einer sich neu formierenden Weltordnung zu finden und die uns und den uns nachfolgenden Generationen zukommende Rolle im globalen Geschehen auch tatsächlich anzunehmen.

Das müssen wir aber auch wollen. Und meine Sorge ist, dass zu viele unserer Bürger sich in unserem Land, so wie es ist, einrichten wollen, statt dieses Land für die Zukunft herzurichten, es auch für die uns nachfolgenden Generationen

Dazu brauchen wir eine Politik, die sich nicht im Kleingedruckten erschöpft, sondern die die großen Linien aufzeigt und verfolgt.

einzurichten. Wenn wir aber unserer Verantwortung gerecht werden wollen, dann müssen wir zuallererst unser eigenes Land in all seinen Ausdrucksformen überprüfen und auf die Höhe der Zeit bringen. Aber dazu brauchen wir Mut zur Zukunft, dazu müssen wir Zukunftsängste und Risikoscheu überwinden und Innovationsfeindlichkeit, die hierzulande immer mehr Platz zu greifen drohen, in die Schranken verweisen. Dazu brauchen wir eine Politik, die sich nicht im Kleingedruckten erschöpft, sondern die die großen Linien aufzeigt und verfolgt, die die Bürgerinnen und Bürger nicht scheut und unterschätzt und unterfordert, sondern die sie – und sich selbst – herausfordert, das Wesentliche, das Wichtige, das Anspruchsvolle zu tun.

Die Herausforderungen, denen wir uns gegenübersehen, sind oft genug beschrieben worden. Die Globalisierung, die zu einem neuen globalen Kräfte-Parallelogramm führt, der atemberaubende, immer schneller werdende wissenschaftliche und technologische Fortschritt, der tief greifende demografische Wandel, der uns einen Umbau unserer Sozial- und Bildungssysteme und unserer Integrations- und Zuwanderungspolitik abverlangt – all das und einiges mehr ist vor aller Augen. Und ich bin überzeugt: In unserem Land gibt es das Know-how, den unternehmerischen Geist, das Innovationspotenzial, die Kreativität und auch die Begeisterungsfähigkeit der überwiegenden Mehrheit junger Leute, die uns in die Lage versetzen, die Zukunft zu gewinnen.

Umso wichtiger ist mir, darauf hinzuwirken, dass dies nicht im Mahlwerk unserer nur scheinbar allgegenwärtigen öffentlichen Diskussion, die so tut, als gebe es in diesem Land nur noch Deklassierte auf der einen oder Geldgierige auf der anderen Seite, zerredet und zerrieben wird. Und ebenso wichtig ist mir, dafür einzutreten, dass diejenigen, die Fehlentwicklungen, auch soziale und/oder sozialpolitische Fehlentwicklungen, auch solche unserer Einwanderungspolitik, direkt und offen ansprechen, nicht von einer fast schon auf Knopfdruck einsetzenden Empörungskultur mundtot gemacht werden. Die Gefahr gibt es, dass die, die um die Bedeutung von Maß und Mitte wissen, zwar die große Mehrheit sind, aber dennoch nicht zu Wort kommen und sich abwenden – wie eben jene Wissenschaftler, die es müde sind, sich der Mühsal der politischen Diskussionsrituale auszusetzen.

Dem entgegenzuwirken, jede Gelegenheit des Gesprächs über die Grenzen zwischen Politik und Gesellschaft und Wirtschaft und Wissenschaft und Kultur zu nutzen, das ist die Aufgabe. Denn es geht darum, die unserem Land, seinen Bürgern, seinen Hochschulen, Forschungs- und Kulturstätten, seinen Unternehmen innewohnenden Kräfte wieder voll und ganz zur Geltung zu bringen. Es gilt, der Freiheit, die der Zukunft verpflichtet ist, eine Bresche zu schlagen.

- Es gilt, ideologische Barrieren zu überwinden und Tabus abzuschütteln, die Freiheit von Wissenschaft und Forschung wieder voll und ganz zu gewährleisten, technologische Möglichkeiten und Entwicklungen zu nutzen und zu fördern, statt sie zu behindern, Hürden und Hemmnisse für Innovationen und Investitionen zu beseitigen und der überbordenden innerstaatlichen Gesetzgebung und der Überbürokratisierung Grenzen zu setzen.
- Es gilt, eine neue Offenheit und Transparenz der Regierungsarbeit auf deutscher und eine europäische Öffentlichkeit auf EU-Ebene zu schaffen, neue Formen

der Bürgerbeteiligung und -mitwirkung an politischen, namentlich an parteipolitischen Prozessen und eine Selbstbeschränkung von Politik und Parteien auf die ihnen unmittelbar zukommenden Aufgaben zu bewirken.

- Es gilt, die staatlichen Strukturen auf den Prüfstand zu stellen, die organisierte Unübersichtlichkeit und eine daraus sich ergebende mangelnde Verantwortlichkeit im föderalen System abzubauen und den öffentlichen Dienst mit einem neuen Dienstrecht in die Lage zu versetzen, dass er sich auf gleicher Augenhöhe mit der immer internationaler agierenden Wirtschaft bewegen kann.
- Und es gilt, so die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass Politik, Parteien wie Bürgerschaft sich auf die wirklich wichtigen innerstaatlichen Aufgaben – an erster Stelle: die Erneuerung unserer Bildungs-, Ausbildungs- und Weiterbildungssysteme und unsere Integrationsaufgaben – konzentrieren und die kreativen, innovativen und investiven Kräfte in unserem Land ihre Chancen und Möglichkeiten wieder voll und ganz ausspielen können.

Das erfordert mehr Vertrauen in Bürger, Unternehmen und unabhängige Institutionen, die ihnen zukommenden Freiheitsrechte verantwortlich wahrzunehmen. Das kann und soll wieder mehr Bereitschaft zur Mitverantwortung und Mitwirkung, ja, wieder mehr Demokratie für unser Land bedeuten.

Und das verlangt mehr

Mut zur Zukunft ...

Und das verlangt mehr Mut zur Zukunft, damit wir wirklich besser aus der immer noch kritischen Phase der Weltwirtschaft herauskommen als wir hineingeraten sind und die Herausforderungen bestehen, die wir im Interesse der uns nachfolgenden Generationen bestehen wollen und bestehen können.

Bewahren wir uns die Zuversicht, dass das gelingt!

Bitte ausfüllen und faxen an 03 31.70 19-1 03

Zusendung von Informationen

Vorname

Nachname

Straße

PLZ, Wohnort

Um Sie noch besser und schneller informieren zu können (auch per Telefon), bitten wir Sie auch um folgende Angaben (freiwillig):

Telefon

Telefax

E-Mail

Beruf

Geburtsjahr

Meine Daten werden zum Zweck der Veranstaltungseinladung und -organisation sowie Versendung von Informationen elektronisch gespeichert. Wenn ich keine Informationen mehr von der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit wünsche, wird sie dieses nach entsprechender Mitteilung durch mich beachten (§ 28 Abs. 4 BDSG).

Datum, Unterschrift

Ich interessiere mich für (bitte ankreuzen):

Themen

- | | | |
|--|---|---|
| <input type="checkbox"/> Werte und Prinzipien des Liberalismus | <input type="checkbox"/> Bildungspolitik | <input type="checkbox"/> Europapolitik |
| <input type="checkbox"/> Kommunalpolitik, Bürgergesellschaft, Föderalismus | <input type="checkbox"/> Rechtsstaat und Bürgerrechte | <input type="checkbox"/> Berlin – Hauptstadt und Regierungssitz |
| <input type="checkbox"/> Wissenschaft und Forschung | <input type="checkbox"/> Menschenrechte und Minderheiten | <input type="checkbox"/> Länderkundliche Veranstaltungen |
| <input type="checkbox"/> Wirtschaft und Arbeit | <input type="checkbox"/> Internationale Politik | <input type="checkbox"/> Medienpolitik |
| <input type="checkbox"/> Finanz- und Steuerpolitik | <input type="checkbox"/> Globalisierung und Entwicklung | <input type="checkbox"/> Kunst und Kultur |
| <input type="checkbox"/> Umweltpolitik | <input type="checkbox"/> Friedens- und Sicherheitspolitik | <input type="checkbox"/> Seniorenpolitik |
| <input type="checkbox"/> Verkehrspolitik | | <input type="checkbox"/> Gesundheit und Soziales |

Politische Fertigkeiten und methodisches Know-how

- | | |
|--|--|
| <input type="checkbox"/> Strategisches Planen | <input type="checkbox"/> Presse- und Kommunikation |
| <input type="checkbox"/> Rhetorik Grundlagen | <input type="checkbox"/> Internet und Multimedia |
| <input type="checkbox"/> Rhetorik Aufbau | <input type="checkbox"/> Politisches Management |
| <input type="checkbox"/> Diskussionstraining | |
| <input type="checkbox"/> Moderation und Präsentation | |

Virtuelle Akademie

- | |
|--|
| <input type="checkbox"/> Online-Seminare |
| <input type="checkbox"/> Newsletter |

Publikationen

- | |
|---|
| <input type="checkbox"/> Jahresbericht |
| <input type="checkbox"/> Programm-Magazin |



Wenn Sie unsere Arbeit mit einer Spende oder Zustiftung unterstützen wollen:

Commerzbank Berlin

BLZ: 100 400 00

Konto: 266 9661 04

Spendenbescheinigungen werden ausgestellt.

www.spenden.freiheit.org

